

Magazin

erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe 11, 2010

Citizenship Education

Auf der Suche nach dem Politischen in der
„Postdemokratie“

Postdemokratie und Citizenship

Tagungsbericht

Julia Gratzner und Katrin Reiter



Postdemokratie und Citizenship

Tagungsbericht

Julia Gratzer und Katrin Reiter

Gratzer, Julia/Reiter, Katrin (2010): Postdemokratie und Citizenship. Tagungsbericht.
In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs.
Ausgabe 11, 2010. Wien.
Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11.pdf>.
Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Schlagworte: Postdemokratie, Citizenship, Partizipation, politische Verantwortung, StaatsbürgerInnen

Kurzzusammenfassung

Inwiefern nehmen StaatsbürgerInnen ihr demokratisches Recht auf Gestaltung ihres Lebens wahr und können realpolitisch ihr eigenes Leben und damit auch gesellschaftliche Strukturen mitgestalten? Was heißt, politisch verantwortlich zu handeln, und wo bzw. wie beginnt politisches Handeln überhaupt? Sind wir bereits an die Grenzen der Demokratie gestoßen? Colin Crouch zufolge haben wir die demokratischen Grenzen bereits überschritten und befinden wir uns in einer postdemokratischen Zeit, in der die politischen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden und Wahlen eher fadenscheinig abgehalten werden – es eben nicht mehr die StaatsbürgerInnen sind, von denen das Recht ausgeht, obzwar im ersten Artikel der Österreichischen Bundesverfassung steht: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“. In diesem Spannungsfeld zwischen Demokratie, Postdemokratie und ihrem Verhältnis zu StaatsbürgerInnen bewegten sich die in diesem Beitrag vorgestellten Vorträge, Workshops und Diskussionen der Tagung „Postdemokratie und Citizenship“ am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in Strobl 2010.

05

Postdemokratie und Citizenship

Tagungsbericht

Julia Gratzer und Katrin Reiter

Grenzen der Demokratie ergeben sich nur aus ihr selbst.

Christoph Möllers (2009)

Einleitung

Von WissenschaftlerInnen und VertreterInnen Sozialer Bewegungen wurde in den letzten Jahren zunehmend Kritik am demokratischen System bzw. an den Entwicklungen der Demokratie – die auch in ihrer Verwobenheit mit den globalen Prozessen betrachtet werden müssen – geäußert. Gemeinsam ist diesen Stimmen, dass sie sich nicht nur mit einer Analyse der gesellschaftlichen Verflechtungen und dem Geworden-Sein beschäftigen, sondern gleichzeitig nach der Gestaltbarkeit von Gesellschaft fragen. Diese Suche nach Gestaltungsmöglichkeiten kann als Initialzündung für das Zustandekommen der vom 25. bis 27. Mai 2010 in Strobl veranstalteten Tagung „Postdemokratie und Citizenship“ gesehen werden. Insgesamt 57 WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen und Bereichen, darunter Human- und GesellschaftswissenschaftlerInnen und ErwachsenenbildnerInnen, fanden sich im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung mit dem Ziel ein, die Entwicklung der westlichen liberalen Demokratien wie auch die Entwicklung der ihr innewohnenden Institutionen kritisch zu analysieren, nach den (Aus-)Wirkungen auf Citizenship zu fragen und auch das Selbstverständnis politischer Bildung zu diskutieren. Zu erwähnen ist außerdem, dass die Hälfte der TeilnehmerInnen Studierende waren, die sich aufgrund des Engagements ihrer ProfessorInnen aktiv an den Diskussionen und Beiträgen beteiligen konnten und so auch das Anliegen „Ermöglichung von Partizipation und politischer Verantwortung“ als Grundidee dieser Tagung real widerspiegeln.

Zusammen mit **Christian Kloyber** (bifeb Strobl), **Stefan Vater** (Verband Österreichischer Volkshochschulen) und **Meinrad Ziegler** (Universität Linz, Abteilung für theoretische Soziologie und Sozialanalysen) begannen **Doris Gödl** (b.a.s.e Büro für angewandte Sozialforschung und Entwicklung Salzburg) und **Edgar Forster** (Universität Salzburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft) schon im Jahr 2009 an thematisch relevanten Texten zu arbeiten und die Tagung zu konzipieren. Forster entwickelte beispielsweise das Seminar „Postdemokratie“, dessen Inhalt einerseits aus der aktiven Teilnahme an der Tagung und andererseits aus der thematischen Auseinandersetzung mit Texten bestehen sollte.

Die organisatorische Rahmenlegung der Tagung erfolgte einerseits durch Vorträge und zeitlich großzügig eingeräumte Folgediskussionen, andererseits durch thematische Workshops. Zusätzlich zu dieser Veranstaltungsstruktur wurde eine reflexive Außenperspektive mittels Beobachtung der inneren dynamischen Verhältnisse durch **Gudrun-Axeli Knapp** (Universität Hannover, Institut für Soziologie und Sozialpsychologie) installiert.

In ihrem Einleitungsstatement suchten Gödl und Forster aus der Perspektive der Wissenschaftlerin/des Wissenschafters, aber auch aus der Perspektive der Staatsbürgerin/des Staatsbürgers auf ganz persönlicher Ebene nach Gestaltungsmöglichkeiten von politischen Prozessen und legten damit als thematische Schwerpunkte dieser drei Tage die Inhalte „Politische Verantwortlichkeit“ und

„Partizipationsmöglichkeiten“ fest. Gödl sprach auch von dem Wunsch, dass diese Tagung einen Raum eröffnen sollte, in dem eine lustvolle Auseinandersetzung mit den Themen stattfinden kann, ohne dabei dem Bedürfnis nach schnellen Lösungen nachzugeben.

Skizzierung der einzelnen Tagungsbeiträge, Diskussionen und Workshops

Den Veranstaltungsauftritt machte **Birgit Sauer** mit ihrem Referat „Zivilgesellschaft oder Staat? Transformationen und Soziale Bewegungen am Beispiel der Frauenbewegung“. Ihre theoretischen Vorüberlegungen zu diesem Thema mündeten in der Auffassung, gedanklich nicht zwischen Zivilgesellschaft oder Staat polarisieren zu wollen, sondern sie vielmehr in ihrer wechselseitigen Verflechtung zu verstehen, da Staatlichkeit erst aus zivilgesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, und zwar durch hegemoniale Kompromisse hervorgebracht werde. Der Staat könne demnach nicht abgekoppelt von der Zivilgesellschaft verstanden werden und eine Veränderung von Herrschaft immer nur mit und durch die Zivilgesellschaft entstehen. Anhand frauenbewegter Politik im Kontext der Staatstransformationen skizzierte Sauer, dass es durch die neoliberalen Strukturen zunehmend zu Grenzverschiebungen zwischen Markt/Staat/Privatheit kommt¹. Wenn wir heute über Postdemokratie sprechen, sei es erforderlich, die Aufmerksamkeit auch auf die nach wie vor ungleichmäßige Teilhabe der Frauen zu richten. Von postdemokratischen Zuständen zu sprechen, sei aus der Perspektive der Staatsbürgerinnen demnach nichts Neues und über geschlechterdemokratische Gesellschaftsverträge zu sprechen, sollte immer ein Nachdenken über das Vorhanden-Sein oder Nicht-vorhanden-Sein von gleichberechtigten Ausgangsbedingungen sein und umfassende Partizipationsrechte implizieren. Der Begriff der Hegemonie, der selbst auf einer

Polarisierung beruhe, wurde in der anschließenden Diskussion herausgegriffen und in Bezug auf diese Widersprüchlichkeit genauer analysiert. Des Weiteren wurde das Begriffspaar öffentlich/privat in seinem Verhältnis zwischen Individuum und Staat besprochen. Dabei wurde konstatiert, dass „politisch sein“ Öffentlichkeit benötige und sich dadurch ein Spannungsverhältnis zwischen Privatheit und öffentlicher Sichtbarkeit ergibt.

John Kannankulam referierte zum Thema „Krise, Staat, Demokratie: Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus“. Er bezog sich in seinen Ausführungen explizit auf die Staatstheorie Nicos Polantz² aus dem Jahr 1978, der den Staat als Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen begriff, die sich seinen Beobachtungen zufolge allmählich zu verändern begannen. Diese Veränderung vollzog sich hin zu einem autoritären Etatismus – einer Staatsform also, die durch ein gesteigertes An-sich-Reißen von ökonomisch-gesellschaftlichen Prozessen wie durch den Verfall politisch demokratischer Institutionen sowie einer vielfältigen Einschränkung formaler Freiheiten gekennzeichnet ist (vgl. Kannankulam 2007, S. 2). Dieser Theorie sprach der Vortragende auch heute noch ihre Gültigkeit zu. Exemplarisch führte er die kompromisslose Durchsetzung von Hartz IV in Deutschland und die in der Arbeitsmarktpolitik zunehmend auftretenden Disziplinierungsstrategien an (wie beispielsweise Schulungsmaßnahmen), das heißt den Übergang von „welfare“ zu „workfare“. Auch in der Europäischen Union würden undemokratische Strukturen bevorzugt werden, und zwar zugunsten der Eliten, und dies sogar mehr als das auf Ebene der Nationalstaaten der Fall gewesen sei. Kannankulam resümierte, dass gegenwärtig von einem Mangel an Solidaritätsbindung im Neoliberalismus gesprochen werden müsse. Die Unfähigkeit der Solidaritätsbindung, und damit weist der Referent möglicherweise auf eine Grundproblematik der Postmoderne hin, liege im Neoliberalismus. Dieser Unfähigkeit könnte durch eine vom Subjekt ausgehende Politik

1 So übte die Frauenbewegung in den 1970er und 1980er Jahren verstärkt Kritik an der strikten Trennung von Öffentlichem und Privatem und plädierte für mehr Möglichkeiten zur Selbstorganisation. Diese Forderungen nach mehr Autonomie fügten sich perfekt in das Versprechen neoliberaler Regierungstechniken, das, so Sauer, auch von vielen Frauen mitgetragen wurde, die sich dadurch als freie Unternehmerinnen ihrer selbst imaginieren konnten. Die Anliegen der Frauenbewegung wurden in der Ära Bruno Kreisky vor allem durch Johanna Dohnal auf institutioneller Ebene installiert. Problematisch am Konzept der Institutionalisierung sei allerdings, so Sauer, dass das eigentliche kraftvolle Potenzial der Frauenbewegung dadurch eine relativ starke Mäßigung erfuhr.

2 Kannankulam konstatiert zu Beginn zwei Kritikpunkte von Polantz² Staatstheorie: Es gibt keine empirischen Studien als Untermauerung und die Klassentheorie muss als widersprüchlich angesehen werden.

entgegengewirkt werden. Die Aufgaben einer Wissenschaftlerin/eines Wissenschafters liegen darin, eine Analyse der Kräfteverhältnisse anzustreben, Verantwortung zu übernehmen und (politisch) etwas zu tun.

Die nachfolgende Diskussion drehte sich einerseits um das Wie der Veränderung von staatlicher Politik, also um die Frage, welche Kräfteverhältnisse diese Veränderung konstituieren und wie neoliberale Kohärenz hergestellt wird. Andererseits ging es um die Position des Subjekts, das, wenn auf staatliche Kräfteverhältnisse und die Kategorisierung in Klassen fokussiert wird, schnell in das Hintertreffen gerate. Das Subjekt müsse jedoch, um Handlungsfähigkeit gewährleisten zu wollen, mitgedacht und gestärkt werden, um das Potenzial von Sozialen Bewegungen wieder ein Stück ins Zentrum zu rücken.

Den zweiten Tag eröffnete **Ulrich Brand** mit seinem Referat über „Neoliberalismus, Kritik der Globalisierung und die Rolle politischer Bildung“.³ Um die gegenwärtigen multiplen Krisen fass- und begreifbar machen zu können, bediente sich Brand zweier Zeitlinsen: Neben den Wirkmechanismen neoliberaler Politiken der letzten dreißig Jahre, die den Prozess der Ent-Demokratisierung erfolgreich vorangetrieben hatten, wurden von ihm die Dynamiken der letzten zwei Jahre differenziert in den Blick genommen. Zur Aufschlüsselung dieser gewachsenen neoliberalen Praktiken führte der Vortragende drei Dimensionen ein: die strategische, die strukturelle und die imperiale. Die strategische Dimension beschreibt die Veränderung der Kräfteverhältnisse wie beispielsweise die verstärkte Weltmarktorientierung oder die Wandlung von Wissen und Bildung zu Wettbewerbsfaktoren. In der strukturellen Dimension können die tiefgreifenden Wandlungen hin zum unternehmerischen Selbst bei Individuen oder auch beim Staat sichtbar gemacht werden. Die imperiale Dimension bezeichnet eine systematische Unsichtbarmachung der multiplen Krisen in den kapitalistischen Zentren: Viele Menschen hätten die Empfindung, dass es ihnen immer noch gut ginge – auch wenn dieses Gut-Gehen eine Verblendung ist. Um diese neuen Verhältnisse einer umfassenden Kritik unterziehen zu können und auch praktisch

verhandel- und damit veränderbar zu machen, stellte Brand den Begriff „Postneoliberalismus“ in den Raum. Dieses Konstrukt sollte eine neue Art des Nachdenkens über Globalisierungskritik ermöglichen und auch das politische Subjekt wieder in den Mittelpunkt der Lebensweltgestaltung rücken. Das könne laut Brand durch das Aufspüren von alltagsweltlichen Widersprüchlichkeiten geschehen, also durch eine Politisierung von Widersprüchen und Unmut. Um die Verankerung von Herrschaft zu unterminieren, wird es erforderlich sein, eine politisch ökonomische Alphabetisierung in Gang zu bringen, weshalb für Brand auch eine Ausweitung der Debatte über den Begriff der Postdemokratie hinaus erforderlich erscheint. Demokratie soll so als emanzipatorische Forderung wieder thematisierbar werden, um beispielsweise die Frage stellen zu können: „Was wollen die Menschen überhaupt?“ Bei diesem globalen politischen Bildungsprozess komme der Pädagogik als wissenschaftliche Disziplin, auch in Form von gesellschaftlich-praktischen Institutionen, eine tragende Rolle zu. Allerdings bleibe sie immer auch im Spannungsverhältnis zwischen Herrschaftslegitimation und Emanzipation verweben und mache oft genau diese Grundproblematiken unsichtbar, da sie die eigenen Positionen in Bezug auf das eigene Eingreifen nicht oder wenig reflektiere. Die letzte kritische Überlegung widmete Brand der aktuellen bildungspolitischen Debatte, in deren Zuge er eine inhaltliche Differenzierung der Globalisierung im Wandel der letzten zehn Jahre als notwendig erachtet. Dass das Unterrichtsfach „Sozialkunde“ in Deutschland in „Politik und Wirtschaft“ umbenannt wurde, zeige klar den Umbau und die eingeschlagene Richtung politischer Bildung. Die abschließende Frage jedoch sei, ob Schule überhaupt der effektive Ort für politische Bildung sein könne bzw. soll. Diese Frage wurde auch in der Diskussion aufgegriffen und um den Begriff der Erfahrung erweitert. Außerdem wurde laut darüber nachgedacht, ob nicht außerschulische politische Bildung besser an den persönlichen Erfahrungen der Menschen anknüpfen könne. Des Weiteren wurde die Paradoxie der Pädagogik diskutiert und um die Paradoxie der Demokratie ergänzt, die sich beide im Spannungsfeld zwischen dem Wohl aller und dem Wohl der/des Einzelnen wiederfinden.

³ In der vorliegenden Ausgabe des Magazin erwachsenenbildung.at findet sich ein Artikel von Ulrich Brand mit dem Titel „Plädoyer für ein kritisch-weltgesellschaftliches Bildungsverständnis. Politische Bildung in Zeiten des (Post-)Neoliberalismus“ unter: http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11_04_brand.pdf; Anm.d.Red.

Im Anschluss an die Diskussion zu dem Vortrag Brands reflektierte **Gudrun-Axeli Knapp** über den bisherigen Tagungsprozess, indem sie sich selbst in die Rolle des Außen begab und positionierte. Die Reflexion selbst begann mit der Frage, was denn „außen“ eigentlich bedeute. Mit dem Anspruch, Kritik zu üben, verbinde man die Annahme, von außen eine Sicht auf die Dinge werfen zu können, ein Innen und Außen gäbe es jedoch nicht. Innen und Außen beruhen auf einer verwobenen Gleichzeitigkeit und die blinden Flecke, die durch diese Verwicklung entstehen, können erst durch Reflexionen wieder zum Thema gemacht werden. Die Referentin forderte deshalb ein kritisches, radikales Bewusstsein, das immer auch Zusammenhangsanalyse sei, um genau diese Verflechtungen de-konstruieren zu können. Dazu gehöre auch die Entwicklung exakter Begrifflichkeiten⁴ und eines differenzierten Unterscheidungsvermögens, welches das Komplexitätsbewusstsein fördert, beispielsweise durch die Frage, wie Gesellschaft in das Subjekt kommt. Die Feinheit der Begriffe war für Knapp auch deswegen relevant, weil durch das Verfügen über differenzierte Begrifflichkeiten die Bezugssysteme klarer ein- und abgegrenzt werden können. Neben dem, was sichtbar gemacht wird, gäbe es auch immer etwas, das unsichtbar bleibt. Von der Referentin wurde hier unter anderem das Beispiel von Institutionen gebracht, in denen zwar die Ideologie der Gleichheit vorausgesetzt werde, diese jedoch nicht mehr thematisiert und reflektiert werden würde. Als weiteren Reflexionspunkt merkte Knapp kritisch an, dass WissenschaftlerInnen gerne davon ausgehen, dass Wissen in Bezug auf Handlungsfähigkeit immer relevant sei. Das werde von PraktikerInnen häufig nicht so gesehen, da es auch anderer Fähigkeiten als Wissen bedürfe, um handlungsfähig werden zu können. Hier rückte Knapp den Begriff der Erfahrung in den Mittelpunkt ihres Nachdenkens, da das Anknüpfen an die Erfahrungswelt oftmals im abstrakt gefassten Wissensbegriff nicht mehr erkannt wird. In ihren abschließenden Worten sprach die Referentin über die Schwierigkeit des Verändern-Wollens und zitierte dazu Theodor W. Adorno: Man müsse die Härte der Gesellschaftsformen analysieren, die Härte des Zusammenhangs, um sich zu ent-täuschen, denn nur durch die Ent-Täuschung komme man zur Aufklärung. Eine der zentralen Fragen in der Diskussion

war, ob Bildung Kritik schaffen kann und soll, womit die Normativitätsdebatte wieder ein Stück ins Spiel kam und damit auch die Frage, wer über die Definitionsmacht verfügen könnte, um zu entscheiden, welches Wissen anerkannt und gelehrt werden soll und welches nicht.

Am Nachmittag hatten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich in vier Arbeitsgruppen aufzuteilen. Im ersten Workshop über „Populismus und Repolitisierung“ unter der Leitung von **Christian Kloyber** ging es zuallererst darum, eine Verständigung über die Begrifflichkeiten herzustellen, mit der grundlegenden Erkenntnis, dass sich der Populismus einer dem Volk entrissenen Sprache bediene, die durch emotional aufgeladene Wörter wie beispielsweise Heimat oder Volk gekennzeichnet sei. Durch diese Konnotationen gelänge es relativ einfach, Bindung herzustellen und zu (re-)politisieren. Populistische Sprechakte verwenden eben nur diese eine Sprache und gerade dadurch könnten sie den Menschen Identitäten anbieten, nämlich, indem sie die Menschen dort abholen, wo sie stehen – aber dann auch dort stehen lassen. Dieses empathische Vermögen des Populismus hänge vermutlich auch mit einem seiner Herrschaftsinstrumente zusammen, nämlich mit dem der Angst. Populismus als politische Kategorie, wie ihn die TeilnehmerInnen des Workshops verstanden, bleibe seiner verhängnisvollen Wirkung, demokratische Werte zu entfremden, verhaftet. Den Begriff der Repolitisierung diskutierten die TeilnehmerInnen positiv kontrastierend und als herrschaftskritisches und aufklärerisches Instrument der Erwachsenenbildung, der Sozialen Bewegungen und auch der Kunst. Da in diesem Akt oder Prozess versucht wird, dialogisch unterschiedliche Positionen zu klären und reflektierend in einem Gesamtkontext zu sehen, sei es möglich, eine Gegenöffentlichkeit zu erschaffen. Wie individuelle Subjektpositionen mit unterschiedlichen Deutungen und Bedeutungen dennoch Eingang in das Kollektiv finden und wie hochkomplexe Themen praktisch umsetzbar gemacht werden können, ohne dabei in den Populismus abzurutschen, war eine abschließende Frage aus dem Plenum, auf die es keine einfache Antwort oder Lösung geben kann und die in ihrer spannungsgeladenen Problematik erst einmal so für sich stehen bleiben durfte.

4 Gudrun-Axeli Knapp sprach hier dezidiert von der Feinheit von Begrifflichkeiten.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Eigensinn und Gemeinwohl? Wenn ja, wie könnte dieser sich konstruieren, wenn nein, wie könnte er hergestellt werden, wenn es um die Mobilisierung von Sozialen Bewegungen geht? Diesen Fragen stellten sich die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe von **Doris Gödl** mit dem Titel: „Mobilisierung und Soziale Bewegungen“. Um ein Kollektiv bilden zu können, brauche es zuerst ein individuelles, persönliches Anliegen, welches schließlich den Raum der Öffentlichkeit benötige, um Forderungen sichtbar werden zu lassen, um sich Gehör verschaffen – um mobilisieren zu können. Die TeilnehmerInnen diskutierten in diesem Arbeitskreis auch die Position des Individuums, das in diesen Prozessen ständig mit unterschiedlich schwierigen Entscheidungen konfrontiert sei, da einerseits im Kollektiv, andererseits mit einem Außen verhandelt werden müsse. Einen weiteren Besprechungspunkt bildete das Nachdenken über die Auswirkungen von zu rasch eingegliederten Forderungen in die machtpolitischen staatlichen Strukturen. Ein möglicher Effekt könnte sein, so die Überlegungen, dass den gut mobilisierten Sozialen Bewegungen dadurch ihr eigenes Kraft- und Widerstandspotenzial abgesprochen wird.

Die zunehmende Einflussnahme von „New Public Management“ auf Staatsmodernisierung, Verwaltungsreformen und Citizenship wurde in dem von **Stefan Vater** moderierten Workshop als Beispiel postdemokratischer Steuerung in ihren Grundsätzen und Auswirkungen diskutiert. Zentral war in dieser Diskussion, dass durch dieses auf kontrollierte Outputorientierung ausgerichtete Modell suggeriert wird, über die Erhöhung von KundInnenorientierung mehr BürgerInnennähe zu garantieren. Verschleiert wird unter dem Kriterium der Effizienzerhöhung jedoch, dass die Rechte als StaatsbürgerIn zunehmend unterwandert werden zugunsten kritikfreier Leistungsmaximierung und Wettbewerbssteigerung. Dass der vermeintliche Wohlstand, den diese New Public Management Methoden⁵ für die Allgemeinheit versprechen, nicht eingelöst werden kann, wurde am Beispiel der Armut in Österreich analysiert (siehe Vater 2010), wonach 1.044.000 Menschen unter die Armutgefährdungsschwelle fallen, weshalb von struktureller Ungleichheit bzw. Ungerechtigkeit

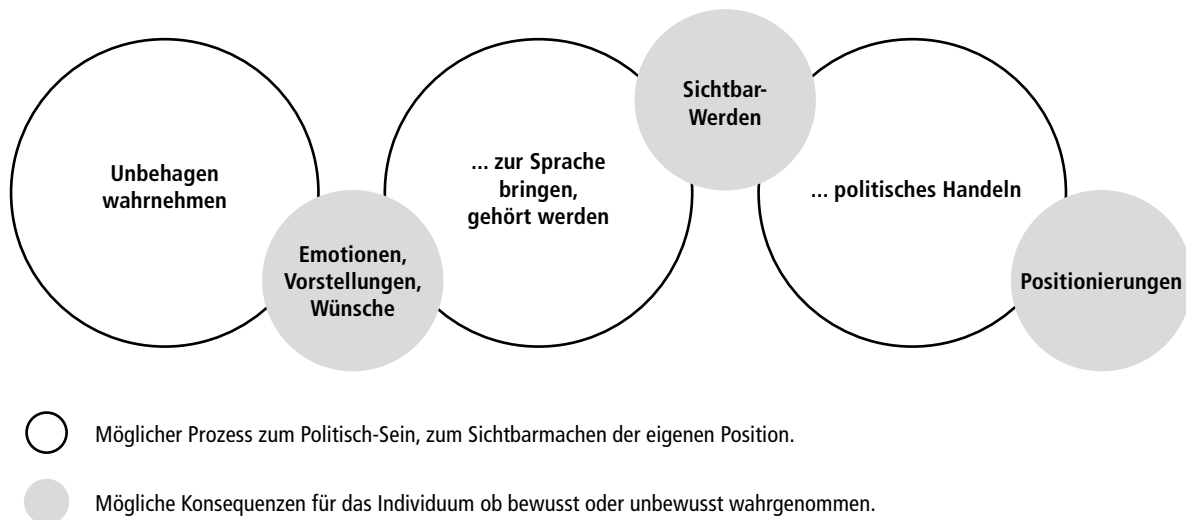
gesprochen werden muss. Würde man diesen neoliberalen Strategien ein Ziel unterstellen, so die vorsichtige Konklusion der Diskussionen, wäre dieses, die Anziehungskraft des Staates und die der Gewerkschaften zu schwächen.

Das Ausgehen von der eigenen individuellen Erfahrungswelt und das Reflektieren darüber waren die inhaltlichen Themen des Workshops „Politik und biographische Erfahrung“ mit **Edgar Forster** und **Meinrad Ziegler**. Was bedeutet „politisch sein“, was bedeutet politisches Engagement, was bedeutet Solidarität/Kollektiv und wo beginnt dieser Prozess? Dass dabei das Tun, das Handeln an sich nicht immer der erste Schritt im politisch aktiven Prozess sei, war eine der grundlegenden Erkenntnisse, wie auch, dass der Begriff der Solidarität/des Kollektivs genau differenziert und bestimmt werden müsse, da er mit einem vielfältigen Bedeutungsspektrum beladen sei. Was vor dem ersten politischen Engagement, dem Tun stehe, sei oft ein Unbehagen, eine Ahnung von Ungerechtigkeit und möglicherweise auch der Wunsch, mehr darüber wissen zu wollen. Die Benennung dieses Unbehagens, das Zur-Sprache-Bringen dieser Ahnung von Ungerechtigkeit wurde in diesem biographischen Selbsterfahrungsprozess als Notwendigkeit für politisches Handeln identifiziert. Zusammenfassend wurde in dieser Arbeitsgruppe unter „politisch sein“ ein Sichtbarmachen der eigenen Position verstanden, das dem Individuum ein mutiges Heraustreten, In-Erscheinung-Treten abverlangt. Skizzenhaft übersetzt könnten diese Ideen wie in Abb. 1 dargestellt werden.

Drei Fragestellungen, die dem bisherigen Tagungsprozess entnommen wurden, beschäftigten am dritten Veranstaltungstag die TeilnehmerInnen. Die erste Fragestellung hatte sich am zweiten Tag des Kongresses herauskristallisiert: „Was leistet Bildung, was Kritik nicht leistet?“ „Was brauche ich an Wissen, um politisch handlungsfähig zu werden?“ war die zweite Frage, die aus dem Begehren der TeilnehmerInnen resultierte, aktiv als StaatsbürgerInnen mitgestalten zu wollen. Um wieder gewissermaßen das, was nicht thematisiert worden war, in den Prozess hereinzuholen, wurde drittens gefragt: „Warum ist die Frage nach der Demokratie kaum aufgetaucht in unseren Diskussionen?“

5 Die theoretischen Hintergründe bilden Rational-Choice Theorien und betriebswirtschaftliche Managementtheorien.

Abb. 1: Politisch-Werden



Quelle: eigene Darstellung (grafisch bearbeitet von der Redaktion)

Bei der Bearbeitung der ersten Frage: Was leistet Bildung, was Kritik nicht leistet? wurde im ersten Statement darüber nachgedacht, inwieweit Bildung die Fähigkeit zum Erkennen ermögliche, die zum weiteren Nachdenken darüber anregt, ob der Fähigkeit zum Kritisieren das Erkennen unabdingbar vorausgesetzt werden müsse. Anschließend erörterten die TeilnehmerInnen, dass, wenn von der Fähigkeit gesprochen wird, Kritik zu üben, damit auch die Fähigkeit zur Dekonstruktion von vorhandenen Wirklichkeiten, Wahrheiten gemeint sei, wozu (Frei-)Räume vorhanden sein müssten. Diese Freiräume könnten durch Bildung ermöglicht, aber auch verwehrt werden. Auf die Frage hin: Was brauche ich an Wissen, um politisch handlungsfähig zu werden? wurden als tragende Elemente das Verstehen des Geworden-Seins, das Erfahrungswissen, das Wissen um Alternativen, um Utopien und das Wissen um Herrschaftsverhältnisse herausgearbeitet. Dass die Frage nach der Demokratie kaum in den Diskussionen aufgetaucht war, könnte auch daran gelegen sein, so eine Überlegung aus dem Plenum zur dritten Frage des Abschlusstages, dass Demokratie in der Wahrnehmung der TeilnehmerInnen zwar als Konstrukt präsent sei, jedoch als ein leeres Konstrukt, da die lebensweltlichen Erfahrungen mit dem, was Demokratie verspricht, nicht übereinstimmen. Wir als StaatsbürgerInnen hätten an Handlungs- und Systemrelevanz verloren, wodurch

die eingangs formulierten Thesen von Colin Crouch bestätigt werden könnten. Um Handlungs- und Systemrelevanz wieder gewinnen zu können, brauche es kreative Räume in jeder/jedem von uns, die Ermöglichung dieser kreativen Räume sei aber immer auch an Ressourcen gebunden, die beispielsweise durch eine existentielle Grundsicherung gedeckt werden könnten (vgl. Vater 2010, S. 9.). Demnach sollte es in einem demokratischen Staat für jede Bürgerin/jeden Bürger leistbar sein, sich Utopien ausmalen zu können.

Als roter Faden durch den Veranstaltungsverlauf präsentierte sich für Forster eine doppelte Hegemonie, die auch doppelt reflektiert werden müsse, sofern man dem Eigensinn von Geschichte auf die Spur kommen möchte. Dafür sei, so wurde abschließend postuliert, immer auch eine Dekonstruktion von Begriffen sowie eine Analyse des Zusammenhangs notwendig, womit auch die herausfordernden Prozessreflexionen der kritischen Außenperspektive durch Knapp aufgegriffen wurden und sich nun bereits im Tagungskollektiv widerspiegeln.

Zusammenfassung

Doris Gödl sprach, wie bereits erwähnt, in ihren einleitenden Worten vom Wunsch, dass diese

Tagung einen Raum für eine lustvolle Auseinandersetzung mit dem Thema „Postdemokratie und Citizenship“ eröffnen möge, ohne dabei dem Bedürfnis nach schnellen Lösungen nachzugeben. Die Kunstfertigkeit, lustvoll zu sein, liegt unserer Meinung nach dicht an der Kunstfertigkeit, kreativ zu sein – beide sind in jedem Menschen mehr oder

weniger deutlich vorhanden und beide benötigen Raum, von dem aus gesprochen, widersprochen, gehört, wahrgenommen werden kann. Die VeranstalterInnen haben mit dieser Tagung genau einen solchen Raum entstehen lassen, in dem und durch den auch weiter imaginiert, verdichtet, ausgedehnt werden will – so der Wunsch der TeilnehmerInnen.

Literatur

Verwendete Literatur

Kannankulam, John (2007): Autoritärer Etatismus und Populismus der Neuen Mitte. Online im Internet: http://www.links-netz.de/pdf/T_kannankulam_etatismus.pdf [Stand: 2010-11-12].

Vater, Stefan (2010): Postdemokratie und Citizenship/Workshop New Public Management (= unveröffentlichte Workshop-Unterlagen).



Foto: Foto Sulzer

Mag.ª Julia Magdalena Gratzer, BA, MA

julia.gratzer@gmx.at
+43 (0)650 5665721

Julia Gratzer studierte Pädagogik mit dem Schwerpunkt Beratung und Intervention sowie Soziologie mit der Spezialisierung Gender Studies an der Universität Salzburg und unternahm im Rahmen ihrer Masterarbeit „Utopie – Heimat, Identität, Wirklichkeit. Von der Mitte aus ... eine interdisziplinäre und interkulturelle Studie“ eine Forschungsreise nach Süd-Äthiopien. Gegenwärtig (Stand: Oktober 2010) schreibt sie an ihrer Dissertation über die „Konstituierung als politisches Subjekt im Neoliberalismus“, dabei fragt sie nach der Regulierungspraxis von politischem Engagement und der Möglichkeit einer kritischen politischen Bildung. Neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit arbeitet Julia Gratzer als Beraterin in einer psychosozialen Beratungsstelle wie auch als Workshopleiterin in Schulen zu den Themen Menschenrechte, Zivilcourage und Demokratie und absolviert derzeit in Wien eine Ausbildung zur Theaterpädagogin.



Katrin Reiter, Bakk.phil., MA

reiterkatrin@hotmail.com
+43 (0)664 75049903

Katrin Reiter studierte Erziehungswissenschaft an der Universität Salzburg mit der Schwerpunktsetzung auf den Bereich Bildung, Lehr- und Lernsysteme. In ihrer Masterarbeit „Das Subjekt und das Andere“ beschäftigte sie sich mit den unbewussten und bewussten Steuerungsvorgängen in Bildungsprozessen. Im November 2009 begann sie mit ihrer Doktorarbeit am Fachbereich Erziehungswissenschaft (Universität Salzburg) über „Die Zukunft als pädagogische Kategorie“ und fragt nach der Korrelation zwischen Imaginationsfähigkeit und sozialen gesellschaftlichen Bedingungen. Neben ihrer Dissertation arbeitet Katrin Reiter als Studienassistentin am Schwerpunkt Wissenschaft und Kunst an der Universität Salzburg.

Post-democracy and Citizenship

Conference report

Abstract

To what extent do citizens exercise their democratic right to shape their lives and are they able to realistically contribute to the shaping of their own lives and thus also of social structures? What does it mean to act in a politically responsible way and where and how does political action start after all? Have we already reached the limits of democracy? According to Colin Crouch, we have already gone beyond the limits of democracy and find ourselves in a post-democratic time in which political negotiations take place behind closed doors and elections are held in a rather spurious manner. Thus it is no longer the citizens from whom legislative power originates, even though Article 1 of the Austrian Federal Constitution says: “Austria is a democratic republic. Legislative power is in the hands of the people.” This conference report presents the tension between democracy, post-democracy and their relationship to citizens that provides the backdrop for the lectures, workshops and discussions given at the conference “Post-democracy and Citizenship” at the Austrian Federal Institute of Adult Education in Strobl in 2010.

Impressum/Offenlegung

Magazin erwachsenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

Gefördert aus Mitteln des ESF und des bm:ukk
Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Koordination u. Redaktion: Institut EDUCON – Mag. Wilfried Hackl

erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck

Online: www.erwachsenbildung.at/magazin

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783842339972

Medieninhaber



Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5350 Strobl

Herausgeber der Ausgabe 11, 2010

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenbildung.at

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Mag. Wilfried Hackl (Geschäftsführender Hrszg., Institut EDUCON)

Fachredaktion

Mag.^a Barbara Daser (ORF Radio Ö1, Wissenschaft/Bildung)
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Klagenfurt)
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Online-Redaktion, Satz

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)
Andreas Brandstätter (/andereseiten / grafik.layout)

Lektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das „Magazin erwachsenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazin erwachsenbildung.at sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll durch das Magazin der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden. Die eingelangten Beiträge werden einem Review der Fachredaktion unterzogen. Zur Veröffentlichung ausgewählte Artikel werden lektoriert und redaktionell bearbeitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten.

Als Online-Medium konzipiert und als solches weitergeführt, ist das Magazin erwachsenbildung.at beginnend mit der Ausgabe 7/8, 2009 zusätzlich in Druckform erhältlich.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an redaktion@erwachsenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p.A. Institut EDUCON
Bürgergasse 8-10
A-8010 Graz
redaktion@erwachsenbildung.at
<http://www.erwachsenbildung.at/magazin>